Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 5 (1913)

Heft: 5

Rubrik: Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nehmen und zur nächsten Generalversammlung begutachten werde. Er gebe indessen zu bedenken, dass die Mehrausgaben jährlich 32,000 Fr. betragen würden. Ferner haben die Kassen in Zukunft ihre Verwaltungskosten selbst zu tragen, was ebenfalls einen Ausgabeposten von 10,000 Fr für sie verursache. Beide Motionen werden zuhanden des Zentralkomitees angenommen.

Eine dritte Motion der Typographischen Klubzentrale lautet: « In Ansehung ihrer der Gesamtkollegenschaft gewidmeten Tätigkeit sei die Subvention an die Typographische Klubzentrale von 200 Fr. auf 300 Fr. zu erhöhen » Auch diese Motion wird dem Zentralkomitee überwiesen.

Es folgen die Wahlen. Als Vorort pro 1914 wird Bern, als Ort der Revisionskommission Zürich und als Ort für die nächste Generalversammlung Lugano gewählt.

Präsident Brosi schliesst mit dem Wunsche, dass die Verhandlungen zum weiteren Blühen und Gedeihen des Verbandes beitragen mögen, mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, in das die Anwesenden kräftig einstimmen, die Generalversammlung.

Nachmittags 3 Uhr fand im grossen Saale des Vereinshauses der Typographia Bern ein offizielles Bankett statt, auf dem Nationalrat Greulich die Typographen als die Pioniere der Arbeit feierten, während als Vertreter der Staats- und Gemeindebehörden die Herren Regierungsrat Locher und Fürsprech Gerster auf das gute Einvernehmen zwischen den Behörden und dem Schweizerischen Typographenbund toasteten.

Eine Abendunterhaltung unter Mitwirkung der Gesangssektionen Zürich und Bern und einer Abteilung des Berner Stadtorchesters, des Bürgerturnvereins Bern u. a. belebte fröhlich den Saal, der mit seinen Galerien bis auf das letzte Plätzchen besetzt war. Der Pfingstmontag wurde dann mit verschiedenen Exkursionen ausgefüllt.

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Frankreich.

Ein französischer Gewerkschaftskonflikt.

Vor wenigen Jahren gelang es, eine langjährige Spaltung in der französischen Arbeiterbewegung, die den grössten Teil der organisierten Bergarbeiter von der Konföderation fernhielt, beizulegen. Der Friede war nur von kurzer Dauer. Die Organisation der Bergarbeiter ist wieder auseinandergerissen und es wird wohl lange währen, ehe der neue Riss geleimt sein wird.

Zum Verständnis der Situation ist es notwendig zu wissen, dass zwei Drittel der französischen Kohlenproduktion aus dem Kohlenrevier von Pas-du-Calais und Anzin kommen, das in der an Belgien grenzenden Nordspitze gelegen ist. Das übrige Drittel kommt aus den Kohlenrevieren, die sich in schräger, langgestreckter Kette den Monceau-les-Mines, im östlichen Zentralfrankreich, bis Carmaux im Süden hinziehen. Die Bergarbeiter des Nordens sind dänischer Rasse, die des Südens Gallier. Zu diesen Temperamentsunterschieden kommt die grössere industrielle Entwicklung im Norden und die wirtschaftliche Monopolstellung der Bergherren. In langen, zähen Kämpfen ist es den Bergarbeitern des Nordens gelungen, die Anerkennung ihrer Organisation durchzusetzen und mit den Unternehmern Verträge zu schliessen. Die weniger zahlreichen Bergarbeiter des Südens sind in ihren Kämpfen auf die Solidarität der übrigen Bergarbeiter angewiesen. Die vom Norden haben diese Solidarität nicht immer geübt. Wenn ein kleiner Vorteil dabei heraussprang, waren sie bereit, sich mit den Unternehmern zu verständigen, ganz gleich, ob dabei die andern darunter litten. Der jetzige Konflikt ist nur eine Wiederholung dieser Vorfälle. Zur Vervollständigung des Bildes sei hinzugefügt, dass die Bergarbeiter des Nordens in ihrer Taktik den alten englischen Bergarbeiterverbänden ähneln, während die des Südens vom sozialistischen Geist erfüllt sind.

Vor zwei Jahren, auf dem Kongress von Angers, beschloss die Föderation der Bergarbeiter eine Agitation zur Einführung des gesetztlichen Achtstundentages und zur Verbesserung des Pensionsgesetzes zu organisieren, wobei bei einer Altersgrenze von 55 Jahren eine Jahrespension von 720 Franken gefordert wurde. Mit der Vertretung dieser Forderungen im Parlament wurde der sozialistische Abgeordnete *Albert Thomas* beauftragt, obwohl die Bergarbeiter vier der Ihren im Parlament haben, drei im Norden, einer aus Monceau-les-Mines. Der bekannteste der nördlichen Bergarbeitervertreter ist der Abgeordnete *Basly,* Präsident der ständigen Bergbaukommission der Kammer und zugleich Präsident des Syndikats von Pas-de-Calais. Diese Tatsache allein zeigt, wie tief das Misstrauen gegen die Führer der nördlichen Bergarbeiter sitzt.

Es kam bis zum eintägigen Demonstrationsstreik, bis sich Regierung und Parlament bequemten, den Forderungen der Bergarbeiter näher zu treten. Die Beschlüsse der Kammer trugen den Forderungen der Bergarbeiter im wesentlichen Rechnung. Es kam jedoch gegen den energischen Widerstand der sozialistischen Abgeordneten und auf Antrag Baslys ein Paragraph 12 des Pensionsgesetzes zustande, der die Gründung einer Sonderkasse für eine bestimmte Region unter gewissen Umständen gestattet. Das bedeutete in der Praxis die Abtrennung des gesamten nördlichen Distriktes von der Landeskasse und damit der Gefährdung dieser selbst. Ein ausserordentlicher Kongress der Bergarbeiter missbilligte die Haltung Baslys und hielt die Beschlüsse von Angers aufrecht. Doch Basly setzte seine Agitation fort und wurde dabei von der Mehrheit des Syndikats von Pas-de-Calais unterstützt. Das führte zur Umwandlung in selbständige Syndikate der opponierenden Sektionen und diese Syndikate wurden vom Föderationsrat in die Föderation aufgenommen. Darauf traten die Syndikate von Pas-de-Calais und Anzin aus.

Wie der Konflikt beigelegt werden könnte, ist nicht abzusehen. Jedenfalls nützt der reaktionäre Senat die Situation aus. Die von der Kammer beschlossenen Gesetze sind im Senat verscharrt und werden so bald, und dann nur sehr verbösert, nicht beraten werden. Das ist das vorläufige Resultat dieser Spaltung.

Paris, 19. Mai 1913. *Josef Steiner.*

Oesterreich.

Die neuen Arbeitsverträge für das Baugewerbe.

Hierüber schreibt die Arbeiter-Zeitung in Wien:

In aller Stille hat sich in Oesterreich ein grosses Ereignis zugetragen: Die neuen Arbeitsverträge für das Baugewerbe sind unterschrieben. Noch nie sind in Oesterreich für eine so grosse Arbeitermasse Arbeitslohn und Arbeitszeit in einer Stunde festgelegt worden. Zwar ist die Zahl der Arbeiter, deren Einkommen und deren Musse durch die neuen Verträge geordnet werden, nicht leicht festzustellen, da die Zahl der im Baugewerbe tätigen Arbeiter, von der Ausdehnung der Bautätigkeit bestimmt, stets schwankt. Doch wird, wenigstens für Zeiten mittlerer Bautätigkeit, die Angabe der Unternehmerpresse, dass durch die neuen Verträge 150,000 Arbeiter betroffen seien, kaum zu hoch sein. Aber es ist an sich schon ein grosses Ereignis, wenn in derselben Stunde die Lebensverhältnisse von 150,000 Arbeiterfamilien für drei Jahre festgesetzt werden, so reicht die Be-

deutung dieses Ereignisses in Wirklichkeit noch viel weiter. Denn die Lohnbewegung, an deren Abschluss wir jetzt stehen, hat zum erstenmal in Oesterreich den Kampf zwischen Kapital und Arbeit in neuen Gestalten, in neuer Ausdehnung gezeigt. Das ist es, was dieser Bewegung und den Verträgen, die ihr Ergebnis sind, das Interesse aller Arbeiter, weit über die Baugewerbe hinaus, sichert.

Die ganze kapitalistische Gesellschaft ist beherrscht durch den mächtigen Zug der Zentralisation. Auch die Entwicklung der Arbeitskämpfe und der Arbeitsverträge steht unter diesem Gesetz. Am Anfang steht der Kampf in der einzelnen Werkstätte. Heute wird in der, morgen in jener Werkstätte gestreikt. Und jeden Streik beendet ein besonderer Vertrag, der zwischen dem einzelnen Unternehmer und den Arbeitern seines Betriebes abgeschlossen wird. Sobald aber die Unternehmerverbände erstarken, werden Einzelkämpfe und Einzelverträge unmöglich. Wenn heute die Tischler in einem Betrieb streiken, so werden die Tischler aller anderen Betriebe ausgesperrt. Der Kampf kann nur noch in allen Werkstätten der ganzen Stadt gleichzeitig geführt werden. Und sein Ergebnis ist ein Vertrag, der für alle Betriebe der ganzen Stadt gilt: an die Stelle des Werkstättentarifs tritt der Ortstarif. Aber auch das genügt den Unternehmern nicht mehr. Im Deutschen Reiche sind insbesondere die Baugewerbe auch darüber hinaus. Wenn dort die Maurer in München die Arbeit verliessen, dann würde der Unternehmerverband die Maurer in Königsberg und in Strassburg, in Hamburg und in Breslau aussperren. Denn der Vertrag, der die Arbeitsverhältnisse regelt, gilt dort für das ganze Reich: von der französischen bis zur russischen Grenze, von den Alpen bis zur Waterkant. An die Stelle der Ortstarife ist der Reichstarif getreten. Und selbst der Reichstarif für das einzelne Gewerbe ist wohl noch nicht der Abschluss der Entwicklung. Denn die Solidarität der Unternehmer reicht über die Berufsgrenzen hinaus. Am weitesten ist die Zentralisation der Kämpfe über die Berufsgrenzen hinweg in Schweden fortgeschritten. Dort wurden im Jahre 1909, weil die Schneider einiger Konfektionshäuser und die Arbeiter einiger Sägewerke die Arbeit eingestellt hatten, die Arbeiter der Textilindustrie und der Eisenwerke ausgesperrt, so dass der Kampf, der in ein paar Schneiderwerkstätten begonnen hatte, schliesslich mit dem Massenstreik in der ganzen Industrie des ganzen Landes endete.

In dieser Entwicklung zur Zentralisation der Arbeitskämpfe und Arbeitsverträge innerhalb des Berufes und über die Berufsgrenzen hinweg bedeutet die jüngste Lohnbewegung im österreichischen Baugewerbe einen sehr wichtigen Schritt.

Der Reichsverband der Baugewerbetreibenden Oesterreichs hat zunächst dafür gesorgt, dass möglichst viele Arbeitsverträge gleichzeitig ablaufen. In die meisten Verträge, die in den letzten Jahren abgeschlossen wurden, wurde die Bestimmung aufgenommen, dass ihre Wirksamkeit mit dem März 1913 endet. So liefen in Wien ab die Verträge der Maurer, der Bauhilfsarbeiter, der Zimmerer, der Gipsdielenarbeiter, der Ziegelarbeiter, der Dachdecker, der Schlosser, der Spengler, der Maler und der Anstreicher. Gleichzeitig liefen die Arbeitsverträge im Baugewerbe ab in Deutschböhmen (ausser dem Egerlande), Mähren, Schlesien, Niederösterreich und einem Teile der Steiermark. Alle diese Verträge mussten gleichzeitig erneuert werden. Und nun stellte die Unternehmerorganisation ihr berühmtes Junktim auf: In keinem der beteiligten Gewerbe tritt ein neuer Vertrag in Wirksamkeit, wenn nicht auch in allen anderen Zweigen des Baugewerbes die Einigung erzielt ist; in keinem der beteiligten Orte wird der Vertrag unterzeichnet, wenn nicht auch in allen anderen Orten der Friede gesichert ist! Friede auf der ganzen Linie oder Krieg auf der ganzen Linie! Wollen die Arbeiter eines Gewerbes in einem Orte kämpfen, dann werden die Arbeiter aller Baugewerbe in allen beteiligten Orten zum Kampf gezwungen! Friede überall oder Krieg der 150,000 zu derselben Stunde! Durch diese Ausweitung des Kampfgebietes, diese Zentralisation des Vertragsabschlusses hofften die Unternehmer, die Arbeiter auf die Knie zwingen zu können.

Dabei war nicht ohne Absicht gerade das Frühjahr 1913 zum Kampfe ausersehen. In dieser Zeit liefen ja auch andere wichtige Arbeitsverträge ab: in Oesterreich vor allem die Verträge der Wiener Metall- und Maschinenindustrie; im Deutschen Reiche die Reichsverträge im Baugewerbe, im Tischlergewerbe und im Malergewerbe. So hofften die Unternehmer, die österreichischen Bauarbeiter gleichzeitig mit ihren Arbeitskollegen im Deutschen Reiche und gleichzeitig mit anderen Zweigen der österreichischen Arbeiterklasse in den Kampf verwickeln zu können. Dann werde den Bauarbeitern die Geldhilfe ihrer Berufsgenossen im Ausland und ihrer Klassengenossen in Oesterreich fehlen; desto leichter werde es sein, sie zu unterwerfen.

Zu alledem kam schliesslich noch die ungünstige Marktlage im Baugewerbe, die gleichfalls die Machtstellung der Unternehmer gegen die Arbeiter gestärkt hat. Seit dem Beginn des Balkankrieges sind Baukreditgelder und Hypotheken nur schwer und nur zu überaus hohem Zinsfuss zu erhalten. Viele, die sonst gebaut hätten, sind gezwungen, ihre Absicht aufzugeben, weil sie sich den erforderlichen Kredit nicht beschaffen können. Die Bautätigkeit ist zuerst in der Provinz, dann auch in Wien empfindlich eingeschränkt worden. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist sehr gross. Selbstverständlich mussten die Organisationen der Arbeiter in einer solchen Zeit alles versuchen, um dem drohenden Riesenkampf zu entgehen.

So war denn auf der Seite der Unternehmer alles prächtig vorbereitet, und als die Verhandlungen begannen, waren die Herren recht selbstbewusst und siegesgewiss. Insbesondere in Deutschböhmen waren die Unternehmer sehr hart. Dort stand der Reichenberger Scharfmacherverband hinter den Baugewerbetreibenden. Die Baumwollbarone und die Flachskönige hätten es sich gern ein Stück guten Geldes kosten lassen, wenn die Bauarbeiter ihre Lohnbewegung ohne Erfolg hätten abschliessen müssen. Denn zwischen der Textilindustrie und dem Baugewerbe bestehen enge Beziehungen; so mancher Arbeiter steht im Sommer am Bau, im Winter am Webstuhl. Ein Erfolg der Bauarbeiter müsste, so fürchteten die deutschböhmischen Fabrikanten, auch Weber und Spinner « begehrlich » machen. So waren denn dort die Schwierigkeiten am grössten; zuweilen schien es, als würde es den « deutschen Volksgenossen » oben wirklich gelingen, das ganze Baugewerbe Oesterreichs zu einem opfervollen Kampfe zu zwingen.

Aber im Verlauf der Verhandlungen haben die Unternehmer bald erfahren, dass auch die Arbeiter in den letzten Jahren nicht müssig gewesen waren. Insbesondere in Wien war die Organisation so prächtig ausgebaut, waren alle Zersplitterungsgelüste so tatkräftig abgewehrt worden, dass die Wiener Baugewerbetreibenden es sich überlegt haben, den deutsch-böhmischen Textilbaronen zuliebe sich in einen Kampf einzulassen, von dem sie wohl wussten, dass er sehr lange dauern und sehr schwere Opfer kosten würde. Aber auch in der Provinz standen die Unternehmer erstarkten Organisationen gegenüber, mit denen anzubinden nicht ratsam erschien.

Und da die Tischler und die Metallarbeiter ihren Vertrag friedlich und mit bedeutsamen Erfolgen erneuerten, auch im Deutschen Reiche die Bewegung im

Baugewerbe friedlich zu Ende geht, sind die Unternehmer im Laufe der Verhandlungen auch hier weicher geworden. Es hat kein kleines Stück Arbeit gekostet! Sechseinhalb Monate haben die Verhandlungen gedauert, mehr als hundertsechzigmal sassen die Delegierten und die Sekretäre der Organisationen am Beratungstisch! Das Ergebnis dieser Riesenarbeit liegt heute vor uns. Die österreichische Arbeiterklasse darf mit ihm zufrieden sein!

Ueberall wurde eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Arbeitslöhne durchgesetzt. Dass der Erfolg, so weit er auch hinter den ursprünglichen Forderungen der Arbeiter zurückbleibt, nicht gering geschätzt werden darf, zeigt am besten der Vergleich mit den Ergebnissen der gleichzeitigen Bewegung im Deutschen Reiche. So haben zum Beispiel die Maurer in Wien eine Erhöhung des Mindestlohnes um acht Heller für die Stunde erlangt, während sich die Maurer im Deutschen Reiche mit einer Lohnerhöhung von vier bis fünf Pfennig, in Rheinland-Westfalen gar nur mit drei Pfennig begnügen mussten. Nun haben freilich nicht alle Zweige des Baugewerbes so viel erlangt wie die Maurer, und die Maurer nicht überall so viel wie in Wien. Die Ergebnisse sind ja natürlich überall durch die Kraft der Organisationen auf beiden Seiten und durch den Geschäftsgang im Gewerbe bestimmt. Aber wenn wir die Ergebnisse nicht vom Standpunkt eines einzelnen Gewerbes, sondern, wie billig, vom Standpunkt der ganzen Arbeiterklasse aus beurteilen, wenn wir erwägen, wie sehr die Machtstellung der Unternehmer durch die Zentralisation des Vertragsabschlusses und durch den schlechten Geschäftsgang gestärkt wurde, wenn wir uns erinnern, mit welchen Hoffnungen die Unternehmer in diese Bewegung eingetreten sind, dann können wir mit Genugtuung feststellen, dass die Organisationen der Bauarbeiter eine schwere Kraftprobe glänzend bestanden haben.

Die Stundenlöhne, die in den Verträgen festgesetzt sind, sind Mindestlöhne. Es wird die Aufgabe der Organisation sein, dafür zu sorgen, dass die Mindestlöhne nicht zu Höchstlöhnen werden. In der Tat sind in Wien während der letzten Baukonjunktur die tatsächlich gezahlten Arbeitslöhne infolge des starken Arbeiterbedarfes recht wesentlich über die vertraglich festgesetzten Mindestlöhne gestiegen. Dadurch ist jetzt die Erhöhung der Mindestlöhne erleichtert worden. Bei gutem Geschäftsgang und guter Organisation werden die Stundenlöhne auch in Zukunft über die Mindestlöhne steigen. Dass übrigens dort, wo bisher schon höhere Stundenlöhne vorkamen, als der jetzt vereinbarte Mindestlohn, die Vereinbarung kein Anlass zu Lohnherabsetzungen sein darf, ist in einigen der nun abgeschlossenen Verträge, so insbesondere in dem der Bauhilfsarbeiter ausdrücklich festgelegt.

Auch die Verkürzung der Arbeitszeit wird durch die neuen Verträge gefördert. Ein grosser Teil der Ziegelarbeiter hat den Schritt vom Elf- zum Zehnstundentag zurückgelegt. Für einen Teil der anderen Baugewerbe, die schon eine kürzere Arbeitszeit haben, ist die Arbeitszeit am Samstag wieder verkürzt worden. Ein bescheidener Erfolg, aber immerhin ein Schritt zum freien Samstagnachmittag, ein neuer Schritt auf dem Wege von der vierundfünfzigstündigen zur achtundvierzigstündigen Arbeitswoche!

Es fällt uns nicht ein, ruhmredig den Erfolg zu preisen. Wir wissen sehr wohl, dass selbst diejenigen Gewerbe, die am meisten durchgesetzt haben, in der errungenen Lohnerhöhung kaum eine vollständig zureichende Entschädigung gefunden haben für die Verteuerung der Lebensmittel und der Wohnungen in den letzten Jahren. Wir haben die Organisation der Unternehmer als einen mächtigen Gegner kennen gelernt und bezweifeln nicht, dass sie in den nächsten Jahren noch weiter erstarken, dass sie den Vertragsabschluss noch weiter zentralisieren, das Kampffeld noch weiter ausdehnen, im Jahre 1916 eine noch gewaltigere Macht uns gegenüberstellen wird. Aber die Kraftprobe der letzten Monate hat uns doch gezeigt, dass wir selbst unter den ungünstigsten Umständen auch einem starken Gegner nicht wehrlos gegenüberstehen. Wenn wir die drei Friedensjahre ausnützen, die noch Fernstehenden zu gewinnen, unsere Reihen fest zusammenzuhalten, unseren Kriegsschatz zu stärken, dann werden wir auch im Jahre 1916 einen weiteren Schritt machen können: friedlich, wenn es geht; im Kampfe, und sei es ein Kampf mit mehr als 150,000 Kämpfern, wenn es sein muss!

Die grosse Lohnbewegung ist von unseren Zentralverbänden geführt worden; weder die Separatisten noch die Christlich- und die Deutsch-Gelben hatten an dieser grössten Vertragsbewegung auch nur den kleinsten Teil — es sei denn etwa den, dass sie, nachdem alles vorüber ist, nörgeln, wo wir gearbeitet haben! Die Entwicklung selbst treibt eben — ob mit unserem Willen, ob gegen ihn — zur Zentralisation: zur Zentralisation der Unternehmermacht, zur Zentralisation des Kampfes, zur Zentralisation des Vertragsabschlusses. Der zentralisierten Kraft des Unternehmertums müssen wir die zentralisierte Kraft des Proletariats entgegensetzen. Dann wird es auch in Zukunft vorwärts gehen — trotz alledem!

Internationale Solidarität.

(IS) In Turin stehen 7000 Arbeiter der Automobilindustrie seit dem 19. März in einem verzweifelten Abwehrkampfe. Schon im vorigen Jahre waren sie zwei Monate ausgesperrt, setzten aber damals den geforderten Tarifvertrag nebst einer Arbeitszeitverkürzung um fünf Stunden pro Woche durch. Kürzlich nun glaubten die Unternehmer den Augenblick für gekommen, des Vertrages wie überhaupt der Organisation ledig zu werden. Ein kleiner Streik diente ihnen zum Anlass, alle Arbeiter auszusperren. Da diese Arbeiter zusammenstehen wie ein Mann und Streikbrecher sich nicht finden, planen jetzt auch alle Fabrikanten anderer Industrien die Aussperrung. Da nun die italienischen Gewerkschaften infolge der Nachwirkungen des Krieges allgemein geschwächt und überdies zurzeit an vielen Orten und in vielen Berufen in Kämpfe mit den Unternehmern verwickelt sind, hat das internationale Sekretariat der Gewerkschaften (C. Legien, Berlin S. O. 16.) einen Aufruf zur Unterstützung der bedrängten Gewerkschaften erlassen. Der internationale Metallarbeiterbund hat schon seine Hilfe zugesagt und es ist anzunehmen, dass auch in diesem Falle die internationale Solidarität den Kämpfenden zum Siege verhelfen wird. So konnten die holländischen Zigarrenarbeiter ihren Kampf soeben mit Erfolg beenden dank der Hilfe, die ihnen auch aus dem Auslande wurde. Durch die Vermittlung des internationalen Sekretariats erhielten sie von den Gewerkschaften in Deutschland 30,000 Mark, Oesterreich 8472 Mark, Dänemark 3363 Mark, Norwegen 3361 Mark, Schweden 2243 Mark, Frankreich und Rumänien je 80 Mark usw.

Verschiedenes.

„Konsumverein und Landwirtschaft."

Die seit Inkrafttreten des neuen Zolltarifs immer mehr anwachsende Verteuerung der Lebensmittel haben eine günstige Wirkung auf die Aus-